

Weiß. Wie er unbeirrbar auf die Rettung seiner Ehre durch die Gerichte vertraute, so blieb er, auch nach seiner Flucht vor den Nazis, staatsfromm bis zur Selbstverleugnung.

Empört darüber, daß er verdächtigt wurde, gegen die neuen Machthaber in Deutschland zu konspirieren, schrieb Weiß am 15. August 1933 aus dem Prager Exil an den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, daß er als „preußischer Beamter“ nie auf die Idee käme, „die deutsche Regierung und damit mein deutsches Vaterland zu schädigen“.

Zehn Tage später wurde der treue Staatsdiener von den Nazis ausgebürgert. 1951 starb er in London an Krebs.

Prostitution

Warum nicht Domenica?

Um die Prostitution daheim unter Kontrolle zu bekommen, besuchten Rostocker Politiker Freudenhäuser in Nordrhein-Westfalen.

Am Donnerstag nachmittag um halb drei war nicht viel los in Bielefelds Eckendorfer Straße. Gelaunt toupierten die Prostituierten in den Schaufenstern des Eros-Centers ihre Haare oder zupften mit spitzen Fingern Dessous und Trikotagen in die rechte Paßform, als überraschende Kundschaft erschien.

Vor ihnen bauten sich vier Damen und Herren aus der Hansestadt Rostock auf, Emissäre von Senat und Bürgerschaft. Höflich erzählten die Ostdeutschen, sie seien auf Erkundungstour durch westdeutsche Freudenhäuser und wollten wissen, wie denn so ein Betrieb zu führen sei.



Arbeitszimmer im Eros-Center Bielefeld: „Damit die ein Vorbild haben“

„Damit die ein Vorbild haben“, erläuterte Winfried Finger, Betreiber des Bielefelder „Dirnenwohnheims“, den Rostockern seine „Politik“. Jedes seiner 45 Zimmer, so der 54jährige stolz, habe einen Spülstein und für je zwei Zimmer stünden eine Dusche und eine Toilette zur Verfügung. Zuhälter dürften sein Haus gar nicht erst betreten.

Konkurrenz, riet Finger den Hanseaten, sollten sie erst gar nicht genehmigen, „sons gibbet Kriech“. Den wollen die Rostocker gerade vermeiden.

Seit dem Anschluß durchwuchert die zu SED-Zeiten geächtete Prostitution alle Viertel der Hafenstadt. Besorgt registrierten die Stadtoberen nicht nur die Zunahme des leichten Gewerbes in den Bars und Diskotheken der früheren Interhotels „Neptun“ und „Warnow“. Dort taten in der Honecker-Ära nur ein paar Mitarbeiterinnen der Stasi Dienst. Mehr noch macht den Behörden die wachsende Zahl von Prostituierten auf den Straßen der Innenstadt zu schaffen,

darunter viele Frauen, die aus Hamburg an die Ostseeküste gekommen sind.

Auf dem Parkplatz am Mühlendamm stehen bereits neun schäbige, mit Lichterketten und Leuchtherzen geschmückte Wohnwagen. Ab 18 Uhr warten dort die Freier in Schlangen. Die hygienischen Zustände sind katastrophal, als erste Hilfe hat die Stadt einen Duschcontainer aufgestellt.

„Das Leben mit seinen Problemen droht uns zu überrollen“, fürchtet Gewerbeamtsleiter Johannes Kunze. Der Beamte kümmert sich um die Prostituierten, „weil sich sonst keiner zuständig fühlt“. Kunze hat weit Schlimmeres ausgemacht als die Straßenmädchen: Vor Rostocker Kinos und in Diskotheken werden Kinder und Jugendliche „mit ganz ordentlichen Geldbeträgen“ verlockt, sich für „besondere Aufträge und Porno-Videos“ zu verkaufen.

Die Polizei hält sich bislang heraus. Sie hat von Sexualstraftaten noch nichts gemerkt, und Prostitution ist nicht ver-



Wohnwagen-Strich in Rostock: „Katastrophale Zustände, wie Rom vor dem Untergang“

boten. Solange die Huren nicht etwa vor Schulen ihrem Gewerbe nachgehen, kann die Polizei ihnen nichts anhaben.

Für Karla Staszak, 50, die Rostocker Gleichstellungsbeauftragte, sind die „Zustände“ auch ohne strafrechtliche Relevanz „katastrophal“. Frau Staszak, an realsozialistische Sauberkeit gewöhnt, vergleicht Rostock schon mit der Antike: „Es ist wie Rom vor dem Untergang.“ Die Frauen seien zudem weder kranken- noch rentenversichert.

Um das Gewerbe von der Straße zu bringen, will die Stadt jetzt – Frucht der NRW-Reise – ein Dirnenwohnheim nach dem Vorbild von Bielefeld und Düsseldorf bauen lassen. Finanzkräftige Bewerber gibt es bereits.

Die Betreiber müssen sich verpflichten, Hygiene und Gesundheit ihrer Mieterinnen zu überwachen. Vorgeschrieben werden soll ein ärztliches Attest alle 14 Tage und alle drei Monate eine Untersuchung auf Syphilis und Aids.

Solch westdeutscher Standard ist im Rotlichtmilieu zwischen Lübeck und Stettin bislang unbekannt. Der Rostocker Amtsarzt Fred Schumacher sorgt sich: „Die Prostitution im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern unterliegt bislang noch keiner Gesetzlichkeit.“

Schumacher fordert die schnelle Einrichtung von Sperrbezirken: „Anders können wir die Damen nicht zur Gesundheitsüberprüfung zwingen. Freiwillig kommen die nicht zu uns.“

Die Rostocker hoffen zudem auf professionelle Unterstützung aus dem Westen. Sie haben die bundesweit bekannte frühere Prostituierte Domenica Niehoff als Beraterin gewonnen, die zur Zeit auf dem Hamburger Kiez als Sozialarbeiterin tätig ist.

Ein Rostocker Stadtverordneter begründet die Wahl: „Bayern München hat Beckenbauer als Berater. Warum soll Rostock sich nicht Domenica ranholen?“

Schwarzarbeit

Schwimmt alles weg

Schwarzarbeitern und Scheinarbeitslosen, die den Staat alljährlich um Milliarden prellen, stehen harte Zeiten bevor.

Im Stadtjugendamt wurde ein Münchner Sportlehrer überführt. Wegen ausstehender Unterhaltszahlungen an seine Ex-Frau wurde das Einkommen des Mannes durchleuchtet, überraschendes Ergebnis: Drei Jahre lang hatte er neben den Zuwendungen vom Arbeitsamt auch noch Lohn als Gebäude-

reiniger bezogen. Schaden: 44 000 Mark. Urteil: ein Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung.

Ein jugoslawisches Ehepaar wurde in Passau erwischt. Laut Eintrag im Paß lebten die beiden seit 1985 in ihrer Heimat, wo sie mit dem Bau einer Pension beschäftigt waren. Trotzdem bezogen sie aus Deutschland während dieser Zeit Arbeitslosenunterstützung („Alu“) und Kindergeld. Schaden: 54 186 Mark. Der Ehemann sitzt derzeit in Untersuchungshaft.

Ein türkischer Maurer ging im Münchner Arbeitsamt in die Falle. Der Mann war einer amtlichen Aufforderung gefolgt, sich in der Behörde zu melden. Aus den Grenzkontrollstempeln in seinem Reisepaß ergab sich, daß der Maurer sein Geld vom Arbeitsamt neun Monate lang in seiner Heimat ver-

macher sogar mit dem Rolls-Royce bei der Bank vor, die ihm sein Arbeitsamts-geld ausbezahlt.

Nun wollen die Behörden massiv gegen die „Alu-Schwindler“ (Amtsjargon) vorgehen. So müssen neuerdings auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, von Schwarzarbeitern bevorzugte Tarnung, den Ämtern gemeldet werden.

Bereits seit Anfang Juli müssen Arbeitnehmer überdies jederzeit ihren Sozialversicherungsausweis zücken können, im Prinzip jedenfalls: Erst Ende 1995 werden die rund 30 Millionen in Frage kommenden Arbeitnehmer mit dem neuen Papier ausgestattet sein. Für Bedienstete von Bau- und Gebäudereinigungsfirmen sowie für Schausteller-Unternehmen, die von Schwarzarbeit besonders stark durchsetzt sind, ist die



Polizeirazzia auf einer Baustelle: „Ohne jeden Anfangsverdacht“

braucht hatte, statt, wie gesetzlich vorgeschrieben, für die Behörde jederzeit „verfügbar“ zu sein. Schaden: 20 000 Mark.

Binnen eines Jahres deckte allein das Münchner Arbeitsamt rund 7000 solcher Fälle von Leistungsbetrug auf, ein bundesweiter Spitzenwert. Der Gesamtschaden lag im Arbeitsamtsbezirk München bei 4,5 Millionen Mark. Die Behörde werde „von unehrlichen Erwerbslosen immer wieder geprellt“, ließ Amtschef Manfred Rademacher verlautbaren, die Stempelgeld-Betrüger würden „immer dreister“.

Nicht nur in München. In Bochum meldete sich ein Strafgefangener auf Freigang arbeitslos; während er weiterhin im Knast saß, ging zu Hause monatelang Arbeitslosenunterstützung ein. In Frankfurt fuhr ein 38jähriger Werkzeug-

neunsprachige Karte mit einem Foto versehen.

Das neue Sozialrecht erlaubt es den Behörden auch, verdächtigen Arbeitslosen auf die Bude zu rücken. Längere Abwesenheit etwa verstößt gegen die Pflicht des Arbeitslosen, für die Behörde ständig erreichbar zu sein. Referatsleiter Michael Vial von der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit: „Wenn die Verfügbarkeitspflicht aufgeweicht wird, dann schwimmt uns alles weg.“

Neuerdings können die Beamten der Arbeitsbehörden auch, wie bei einer Razzia, in die Lohnbüros von Betrieben einfallen – sogar „ohne jeden Anfangsverdacht“ (Vial).

Die neuen Möglichkeiten werden in Bayern besonders forsch genutzt – auch deshalb, weil dort, einmalig in der Bundesrepublik, eine freistaatseigene